



1922-1933

Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg.

Marcus Tullius Cicero.

Konsul in Rom im Jahr 63 v. Chr.



Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1972-062-01, o. A., Hamburg 1923

„Freier Meinungskampf unter gemeinsamer Flagge“

Im Januar 1922 erschien die erste Ausgabe der HLZ. Bis dahin begleitete die Pädagogische Reform den Kampf für ein demokratisches Schulwesen.

Die Geburtsstunde der *Hamburger Lehrerzeitung (HLZ)* führt zurück in den Januar 1922, gut drei Jahre nach der Novemberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Obwohl es die Vorläuferorganisation der GEW-Hamburg, die *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg*, bereits seit 1805 gab, erschien erst jetzt ein eigenes Vereinsorgan.

Der durch die Novemberrevolution ausgelöste Enthusiasmus und Reformwille der Hamburger Lehrerschaft fand sein Sprachrohr noch in der *Pädagogischen Reform*. Diese wurde seit 1877 von einzelnen Mitgliedern des Vereins Hamburger Volksschullehrer herausgegeben, eines kämpferischen Verbandes, dessen Mitglieder 1894 gemeinschaftlich der *Gesellschaft* beitraten und dort für neuen Schwung sorgten.

Die vereinsunabhängige Erscheinungsform der *Pädagogi-*

schen Reform wurde vor allem gewählt, um „der zumeist stockreaktionären Behörde gegenüber ihre Freiheit wahren“ zu können. Die *Gesellschaft* dagegen hatte sich in ihrer Geschichte mehrfach Selbstbeschränkungen auferlegt, um ihre sozialen Kassen, die zum großen Teil auf Schulbuchverkäufen an die Behörde beruhten, nicht zu gefährden. Dass der Vorstand 1905 aus Angst um die Witwenkasse seine Kritik an einer undemokratischen Wahlrechtsvorlage des Senats zurücknahm, war für die *Pädagogische Reform* ein „Kniefall vor der Behörde“.

Nach dem Ende des Obrigkeitsstaates gab es jedoch eine neue Situation: Die Lehrerschaft war vor allem durch das Selbstverwaltungsgesetz von 1920 gestärkt, und in Behörde und Bürgerschaft teilte eine Mehrheit viele ihrer Reformziele.

1922 löste die HLZ die *Pädagogische Reform* ab. In der ersten Nummer heißt es dazu, die Entwicklung der *Gesellschaft* zur Gewerkschaft „nötigt uns zur Gründung einer Vereinszeitung“. An anderer Stelle wird als Grund eine finanzielle Notlage der *Pädagogischen Reform* angegeben, obwohl diese gerade 1920 ihre höchste Auflage erreicht hatte.

Die Diskussion auf den Hauptversammlungen der *Gesellschaft* im Jahr 1921 zeigt jedoch, dass es vor allem darum ging, den Veränderungen seit der Novemberrevolution gerecht zu werden: Wie die *Pädagogische Reform* in ihrer letzten Ausgabe beschrieb, lag inzwischen „eine starre Läh-

mung über der hamburgischen Lehrerschaft“. Als Grund wurde einerseits gesehen, dass viele Führer der Bewegung inzwischen in die Politik gewechselt waren oder in die Schulverwaltung, um so den Aufbau des neuen Schulwesens zu befördern. Andererseits sei „nagende Sorge ums tägliche Brot ein ständiger Gast in den Lehrerfamilien“. Bei vielen KollegInnen dürfte auch eine Enttäuschung hinzugekommen sein, die Ziele von 1918 nur teilweise erreicht zu haben.

Die Aktivitäten vieler Lehrer_innen hatten sich von den Versammlungen vermehrt in die Schule verlagert. Wurde früher über Selbstverwaltung und Umgestaltung der Schule theoretisch diskutiert, so war jetzt die praktische Ausführung das Thema. Informationen dazu und Beschlüsse der *Gesellschaft* sollten auch denjenigen bekannt gemacht werden, die nicht zu den schlecht besuchten Versammlungen kamen.

Mit der Vereinszeitung sollte die Lehrerschaft zusammengehalten und ihre Kampfkraft – vor allem in der drückenden Gehaltsfrage – wieder entwickelt werden. Die *Pädagogische Reform* hatte diese Aufgaben auch wahrzunehmen versucht, ein Organ größeren Stils konnte jedoch nur von der finanzkräftigen *Gesellschaft* selbst herausgebracht werden.

In der neuen *Hamburger Lehrerzeitung* sollte der freie Meinungskampf innerhalb der Lehrerschaft „unter gemeinsamer Flagge“ verbessert werden

Pädagogische Reform (1877-1921):

- zunächst etwa dreiwöchentlich, dann Wochenzeitung
- meist 4 bis 6 Seiten im Format B 4
- Im Internet unter: <https://scripta.bbf.dipf.de>

Hamburger Lehrerzeitung (ab 1922):

- Wochenzeitung
- 16 Seiten im Format DIN A4
- Auflage: zunächst 3000

– so der langjährige Vorsitzende Theodor Blinckmann. Gegensätzliche Positionen sollten abgedruckt und die Ansicht des Vereins hervorgehoben werden. Die Zeitungsleitung müsse darauf achten, dass dabei „keine Gehässigkeiten vorkommen“. Denn, wie Richard Ballerstaedt es formulierte: „Politische Geg-

ner können in Schulfragen einander sehr nahe stehen.“

Mit der *Pädagogischen Reform* hatte Hamburgs Lehrerschaft eine der angesehensten pädagogischen Zeitungen her- vorgebracht, die sich allen Diszi- plinierungsversuchen zum Trotz entschlossen für eine fortschritt- liche Entwicklung des Schul-

wesens und für die Rechte der Lehrerschaft einsetzte. Der HLZ stand ihr dunkelstes Kapitel ab 1933 noch bevor.

MANNI HEEDE

(Erschienen in hlz 9/2003 un- ter dem Titel 1922: *Gegen die „starre Lähmung“*)

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben
der Gesellschaft
vaterländischen
ziehungswesens



und verlegt von
der Freunde des
Schul- und Er-
in Hamburg

1. Jahrgang

Hamburg, Mittwoch, den 11. Januar 1922

Nummer 2

Inhalt: Die Hamburger Volksschullehrerschaft im Kampfe ums Dasein. / Wieder zu ungunsten der Kinder. / Moriturk. / Schritte zur 60. Wiederkehr des Gründungstages des Deutschen Lehrervereins (Schulz). / Worte eines Säckers. / Weg mit dem Rauffuß. / Einige Gedanken über den Rauffuß. / Weltanschauliche Schaffensfreude. / Aus Hamburg.

Die Hamburger Volksschullehrerschaft im Kampfe ums Dasein.

Rück- und Ausblicke.

Befoldungskämpfe der Beamten sind heute keine Erkenntnis-, sondern reine Machtkämpfe. Ein großer Teil der Beamtenschaft hat dies bereits erkannt, der Rest wird es einst erkennen, und zwar dann, wenn die Not noch größer geworden ist. Heute noch Worte über unsere wirtschaftliche Not zu verlieren, erübrigt sich. Jeder spürt sie tagtäglich am eigenen Leibe, der Alte wie der Junge, der Ledige wie der Familienvater. Nur grinst sie diesen noch viel schrecklicher an, denn er soll mit fast demselben Ein- kommen drei, vier und mehr hungrige Leiber satt machen und kleiden. Je größer die Familienzahl, desto kleiner die Ration, die auf den einzelnen entfällt. Und das Los unserer armen Frauen grenzt ans Unerträglich. Die Frage: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn muß bei noch weiterem wirtschaftlichen Rückgang erneut geprüft werden, wenn man nicht endlich, solange man erneut geprüßt werden, diese endlich ausreichend bemißt. Die Kinderzulagen gewährt, diese endlich ausreichend bemißt. Die Klippe, daß dabei das Grundgehalt gedrückt werde, muß über- wunden werden. Der allergrößte Teil der Beamtenschaft — es sind die unteren und mittleren Gruppen — ist in unhaltbare Zustände hineingekommen. Sein Einkommen ist unter das Existenzminimum gesunken. Wird diesen Verhältnissen nicht in aller- nächster Zeit gesteuert, so müssen sie zur Katastrophe, nicht nur für die beteiligten Beamten allein, sondern für unser ganzes Volk führen. Die Reichsregierung hat die Pflicht, dem vorzu-

größten indirekten Steuer, gesteuert. Wir sehen aus diesen wenigen Andeutungen schon, daß unsere Befoldungsfragen eng mit steuerpolitischen Fragen zusammenhängen. Jeder Beamte sollte sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen, um dadurch eventuell der Not seines Standes zu steuern. Es ist nicht Auf- gabe dieses Artikels, diesen Gedanken weiter auszuspinnen, ob- gleich es lohnend wäre; vielleicht komme ich aber in einer der nächsten Nummern unserer Vereinszeitung darauf zurück.

In Erkenntnis der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Forderungen auch im Lehrerstande in den nächsten Jahren im Vordergrund stehen, die wichtigsten sein werden, wurde auf dem letzten Ver- tretertag der Deutsche Lehrerverein als Gewerkschaft der in ihm organisierten Lehrer erklärt. Ausschlaggebend war der Gedanke, den der Vorsitzende, Kollege Röhl, in seinen Begrüßungsworten aus- sprach: „Der Befoldungskampf ist im großen und ganzen in den meisten deutschen Staaten erledigt. Wir haben diesen Kampf nicht gewonnen.“ Der gewerkschaftliche Gedanke ist seit der Zeit marxisiert. Viele Zweigvereine, vor allen die größeren, arbeiten bereits nach gewerkschaftlichen Grundsätzen, so auch unsere „Gesellschaft der Freunde“. Der Ausschuß für Standesfragen hat laut Satzungen die wirtschaftlichen Angelegenheiten des hamburgischen Lehrerstandes nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu bearbeiten und vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Diese Arbeitsweise wird einst sicher ihre Früchte tragen. Daß wir bisher nicht mehr ernten konnten, liegt einmal an dem hartnäckigen Widerstand, der von Berlin aus auch berechtigten Forderungen entgegen gesetzt wird, und zweitens daran, daß der gewerkschaft-

Die zweite HLZ vom 11.1.1922: Entsprechend dem Ziel, die Forderungen der Lehrerschaft zu vertreten, eröffnet die HLZ mit einem Artikel vom Kampf für eine Gehaltsanhebung der Volksschullehrer. Diese wurden meist zwei bis drei Gehaltsgruppen niedriger als die Oberlehrer eingruppiert und befanden sich zunehmend in sozialer Not.